

Sicherheit am Rathaus: Maßnahmen gegen Übergriffe auf Mitarbeiter

Immer häufiger werden Mitarbeitende in RLP-Verwaltungen bedroht und beleidigt. Sicherheitsmaßnahmen werden verstärkt, um Schutz zu gewährleisten.

In den Rathäusern und Bürgerbüros Rheinland-Pfalz ist eine besorgniserregende Entwicklung zu beobachten: Beschäftigte sehen sich zunehmend Beleidigungen, Bedrohungen und sogar physischen Angriffen ausgesetzt. Eine aktuelle Umfrage des SWR zeigt, dass solche aggressiven Verhaltensweisen in vielen Kommunen ein ernsthaftes Problem darstellen.

Die allgemeine Atmosphäre in den Verwaltungen hat sich merklich gewandelt. „Aggressives Verhalten gegen unsere Mitarbeitenden nimmt immer mehr zu“, meldeten nahezu alle befragten Verwaltungen. Vertreter des Städtetages Rheinland-Pfalz bestätigten, dass es in verschiedenen Städten zu bedrohlichen Situationen gekommen ist. Besorgniserregend ist, dass einige Klienten mit Waffen oder Hunden in öffentliche Gebäude eingedrungen sind, was die Sicherheitslage zusätzlich angespannt hat.

Sicherheitsmaßnahmen in Landau und Ingelheim

In Landau kam es kürzlich zu einem Vorfall, als ein aggressiver Mann im Rathaus auftrat und die Mitarbeiter lautstark bedrohte. Reaktionen seitens der Stadtverwaltung folgten schnell: Geplant ist der Umbau des Zugangsbereichs, um die Sicherheit der Beschäftigten zu erhöhen. Auch die Kreisverwaltung Südliche

Weinstraße reagiert und plant umfassende Sicherheitsmaßnahmen, nachdem zwei Mitarbeiter des Jugendamts namentlich in den sozialen Medien bedroht wurden.

In Ingelheim hingegen sollen an den Hauptstandorten der Kreisverwaltung Mainz-Bingen Check-in-Terminals installiert werden. Diese Maßnahme ermöglicht eine genauere Kontrolle darüber, wer das einrichtung betritt. Solche Systeme sind bereits in anderen Städten wie Idar-Oberstein und Koblenz implementiert, um größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten.

Alarmierungssysteme als Reaktion auf die Bedrohungslage

Die Verwaltungen reagieren auf die wachsende Bedrohung durch vielfältige Sicherheitskonzepte. Beispielsweise wurde in der Stadt Trier ein Einlasskontrollsystem eingeführt, und im Bürgerbüro von Idar-Oberstein wurden Alarmtasten an 60 Arbeitsplätzen installiert. Diese Tasten erlauben es den Mitarbeitenden, im Notfall unauffällig Hilfe zu alarmieren. In einigen Fällen ist auch der Einsatz eines Schrillalarms eine gängige Praxis, um rasch Unterstützung herbeizuholen.

Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen wird besonders in sensiblen Bereichen wie der Auszahlung von Sozialleistungen deutlich. Diese Dienste sind oft mit emotionalen Belastungen verbunden, da viele Bürger auf das dringend benötigte Geld angewiesen sind. Moritz Petry vom Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz erklärte: „Wenn Auszahlungen nicht rechtzeitig erfolgen oder Anträge abgelehnt werden, ist die Nervosität hoch.“ Solche Situationen könnten zu unerwarteten Konfrontationen führen.

Der Unterschied zwischen der allgemeinen Stimmung in der Gesellschaft und dem Verhalten gegenüber den Mitarbeitenden nimmt oft extreme Ausmaße an. Petry erinnerte sich an einen Vorfall, bei dem ein verärrgerter Kunde einen Locher nach einem Angestellten warf. Glücklicherweise bleibt solch körperliche

Gewalt die Ausnahme, allerdings ist der Ton rauer geworden und die allgemeine Geduld der Menschen nimmt ab.

Plakataktionen und Schulungen für mehr Respekt

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de